Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

03.07.2008

Schwerpunkt: 68er - Kein Sinn für Revolution . . .

„Die wilden 60er-Jahre“ hat es für die GEW eigentlich nie gegeben. Und dennoch – oder deshalb? – war es für die Bildungsgewerkschaft ein außergewöhnliches Jahrzehnt, sagt Steffen Welzel. Warum, das zeigen in ihren Beiträgen Frank von Auer für die Bildung und Gerhard Jens für die Besoldungspolitik. Diese Zeit der Aufbrüche hat allerdings auch ein dunkles Kapitel: Berufsverbote machten auch vor der GEW nicht halt. Rainer Dahlem berichtet über diese „Zerreißprobe“.

- Steffen Welzel: . . aber progressiv in Sachen Bildung
- Rainer Dahlem: Wie wir die GEW aufmischten
- Frank von Auer: Unter dem Anspruch auf Glück
- Gerhard Jens: Durchbruch in der Lehrerbesoldung
- Ulrich Thöne: Das einzig Beständige ist die Veränderung

Steffen Welzel: . . aber progressiv in Sachen Bildung

Die 60er – das war die heiße Phase des Kalten Krieges: Mauerbau (61), Kuba-Krise (62), Vietnam-Krieg (64 -69), „Prager Frühling“, Einmarsch des Warschauer Paktes (68)... Die BRD war im Westen verankert. Das „Wirtschaftswunder“ boomte: 1968 lag die Arbeitslosenquote bei 1,5, die Rentenerhöhung bei 8,1 Prozent.

Linken und Intellektuellen stank der „Wohlstandsmief“: Homosexualität (Nazi-Paragraf 175) und Schwangerschaftsabbruch waren strafbar. Ehebruch galt als „sozial schädlich“. Die Adenauer/Erhard-Ära ging mit einer kurzen Wirtschaftkrise zu Ende. Es folgte eine Episode mit der ersten Großen Koalition. 1969 wurde mit Willy Brandt ein von der Union als „Vaterlandsverräter“ diffamierter Sozialdemokrat Kanzler.

Die GEW war zwar Mitglied des DGB, sie war aber auch Teil dieser Gesellschaft. Und so war sie damals „ein konservativer Beamtenverein von Volksschullehrern in einer AG mit dem bayrischen Lehrerverband (BLLV) verbunden“, erinnert sich Erwin Walz (Geschäftsführer von 1952-81). Nach einer Infratest-Studie von 1970 waren 72 Prozent der Mitglieder Grund- und Hauptschullehrer. Ein Großteil Schulleiter bzw. Stellvertreter. Zwei Drittel waren 40 Jahre und älter. Studierende gab es auch – rund drei Prozent.

Man siezte sich

Geführt wurde die GEW ehrenamtlich von Schul-, Regierungs- und Ministerialräten. Man siezte sich. Politisch sympathisierten zwei Drittel mit der SPD. Es gab aber auch viele CDU- und FDP-Anhänger. Trotz der bürgerlich-konservativen Grundausrichtung kämpfte die GEW engagiert für Bildungsreformen zu Gunsten von Arbeitnehmerkindern. Mit einem Stakkato von Reformprogrammen vom Kindergarten bis zur Berufs- und Lehrerbildung – beginnend in den 1950er-Jahren – machte sie Dauerdruck. Ideenreich gewann man Einfluss. Über die Mitglieder gab es Kontakte in alle Parteien (!).

Auf den Kongressen sprachen Landes- und Bundesminister. Das Manifest „Erziehung entscheidet unser Schicksal“ (1958) unterschrieben Hunderte von Parlamentariern. Unter ihnen fast die komplette spätere sozial-liberale Regierung, inklusive Helmut Schmidt. In der „september-gesellschaft“ – einem von Heinrich Rodenstein gegründeten bildungspolitischen Diskussionsforum – saß man mit den Präsidenten des Bauern- und Arbeitgeberverbandes an einem Tisch. Neben dem Deutschen Bildungsrat (1965), dem Bildungsministerium und der Bund-Länder-Kommission (BLK) war die GEW als gleichwertiger Partner tonangebend.

Dadurch ging es auch in der Lohnpolitik voran. Den dramatischen Lehrerbedarf nutzend war es gelungen, die Besoldung der Grund- und Hauptschullehrer von A 9 auf A 12 anzuheben. Das lag 50 Prozent über der allgemeinen Besoldungserhöhung. Die Folge: Mit dem demographisch bedingten Anstieg der Lehrerstellen, in zehn Jahren von 263 500 auf 389 200, wuchs die Zahl der Mitglieder der GEW um 50 Prozent auf 120 000.

Natürlich ließen die Studentenproteste und das Entstehen der ApO die GEW nicht unberührt. Intern spürbar wurde dies aber erst zu Beginn der 1970er-Jahre, als durch das Bündnis mit dem vds und der Bundesassistentenkonferenz (s. auch Seiten 6 ff und 12 ff) mit einem Schlag etwa 20.000 Studierende und „Mittelbauer“ in die GEW eintraten. Das Verhältnis der Mehrheit zur externen Protestbewegung bewegte sich zwischen Sympathie und Ablehnung, zwischen Nähe und Distanz. In der Kritik der Verhältnisse war man sich nahe. Doch in den gewaltsamen Protestformen und den politischen Zielen lag man auseinander. Lehrerinnen und Lehrer waren nun mal keine Revolutionäre.

Während die Protestbewegung Bewusstseins- und Systemwandel als Ziele

definierte, strebte die GEW, mit ihrem Vorsitzenden Erich Frister an der Spitze (1968 gewählt), und dem DGB Gesellschaftsreformen im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an. Und zwar auf dem Boden der Freiheitlich demokratischen Grundordnung („FdGO").

Geschichte wiederholt sich nicht. Aber dennoch gibt es Parallelen. Heute wie damals steht die Systemveränderung in der Schule aus, stehen wir in der Bildung im internationalen Vergleich schlecht da, besteht soziale Ungerechtigkeit, fehlt es an qualifiziertem Pädagogen-Nachwuchs.... Heute wie damals gibt es Rückenwind für Veränderungen.

Stellt sich die Frage: Könnte es eine einige GEW mit dem bildungspolitischen Einfluss und Partnern wie damals heute schaffen? Den Mitgliedern käme es zugute. Und der Kasse allemal.

Steffen Welzel, ehemaliger Redaktionsleiter der „Erziehung und Wissenschaft"

Rainer Dahlem: Wie wir die GEW aufmischten

Für engagierte, politisch links orientierte junge Menschen, die in den 1960er-Jahren ihr Lehramtsstudium absolvierten und in den 1970ern als junge Lehrerinnen und Lehrer in großer Zahl in die Schulen kamen, war die GEW zunächst alles andere als attraktiv. Denn erst allmählich öffnete sich die Organisiation für Kolleginnen und Kollegen der Gymnasien und Beruflichen Schulen, später dann auch für andere pädagogische Berufe. Das damalige „GEW-Establishment" betrachtete diese Entwicklung mit großer Skepsis.

Trotzdem kamen wir an der GEW nicht vorbei – zu konservativ, ja reaktionär waren die Lehrerverbände des Beamtenbundes. Außerdem: Wo sonst war es möglich, eine gewerkschaftliche Einheit von Angestellten und Beamten zu schaffen als in der GEW?

Also traten wir „in Massen" ein. Und die Mitgliederzahl der GEW stieg dramatisch an – in Baden-Württemberg von 15 000 im Jahr 1970 auf 38 000 Mitglieder 1980. Allerdings begnügten wir uns nicht damit, nur brav unseren Mitgliederbeitrag zu zahlen – wir mischten uns auch aktiv ein – doch: GEW-Arbeit war schon damals alles andere als konfliktfrei.

Strittigster Punkt war der Radikalenerlass, die mit ihm verbundenen Berufsverbote und die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB. Sie mussten von den Einzelgewerkschaften in ihre Satzungen übernommen werden. Danach war es Kolleginnen und Kollegen, die Mitglied bestimmter politischer Parteien – insbesondere so genannter K-Gruppen – waren, nicht erlaubt, Mitglied einer DGB-Gewerkschaft zu sein. In der GEW führte diese Diskussion zu einer wirklichen Zerreißprobe – der Landesverband Berlin wurde gar für einige Zeit aus der Bundes-GEW ausgeschlossen – aus heutiger Sicht unvorstellbar.

„Merkwürdige Blüten"

Der Gewerkschaftstag 1977 stimmte nach heftiger und kontroverser Diskussion schließlich den Unvereinbarkeitsbeschlüssen zu. Ihre „Anwendung" trieb merkwürdige Blüten, z. B. wenn Funktionäre Flugblätter und Zeitungen von K-Gruppen daraufhin untersuchen ließen, ob unliebsame GEW-Mitglieder vielleicht einen Aufruf unterschrieben hatten oder sonst in den einschlägigen Publikationen identifizierbar waren.

Natürlich gab es auch andere Konfliktpunkte – die Auseinandersetzung um den Beamtenstatus etwa oder die Frage des Streikrechts für Beamte. Insgesamt fürchtete das „GEW-Establishment" – um bei dieser plakativen Formulierung zu bleiben – einen Linksruck und organisierte entsprechende Gegenmaßnamen. Zum Beispiel hatten die Funktionäre für GEW-interne Wahlen die Briefwahl eingeführt, so dass eine „Machtübernahme" durch die berühmte „kleine radikale Minderheit" erschwert wurde.

Ich erinnere mich noch gut an meine erste Wahl zum Kreisvorsitzenden in Heilbronn, als ich – gerade mal 29 Jahre alt und dazu noch Berufsschullehrer – in einer Kampfabstimmung nur ganz knapp siegte.

Aber ebenso erinnere ich mich an die zahlreichen Kreisdelegiertenversammlungen, Landesvorstandssitzungen und Vertreterversammlungen, in denen die Fetzen flogen. Dagegen sind unsere heutigen Gremiensitzungen gemütliche Kaffeekränzchen.
In diesen Jahren wurde der Generationswechsel vollzogen, der für die GEW wichtig und notwendig war und der demnächst wieder ansteht. Ich vermute jedoch – oder soll ich sagen, befürchte – dass er sehr viel friedlicher ablaufen wird als vor 35 Jahren.

Rainer Dahlem, ehemaliger GEW-Landesvorsitzender Baden-Württemberg

Frank von Auer: Unter dem Anspruch auf Glück

„Die Lehrer aus der NS-Zeit haben zu 68ern erzogen; die linken Lehrer heute erziehen zu Juppies." So gelassen konnte Erich Frister die Mitwirkung seiner Mitglieder am jeweiligen gesellschaftlichen Wandel beschreiben. Er wurde 1968 zum GEW-Vorsitzenden gewählt und hatte nicht nur mit beiden Generationen, sondern auch mit Lehrern unterschiedlicher Schularten, Kindergärtnerinnen, Sozialarbeitern und -pädagoginnen sowie Wissenschaftlern auszukommen – mit oft organisationsabstinenten Individualisten also. Fernab jeder Biedermeierlichkeit diene „Bildungsreform immer dem Anspruch auf Glück", lautete Fristers

verbindende pädagogische Vorgabe.

Verstand und bei vielen auch Herz hatten die Gesamtschule (s. Seite 16) zum bildungspolitischen Hauptprojekt jener Jahre bestimmt. Großstädte wie Berlin oder Frankfurt waren bereits in der Phase von Gesamtschulgründungen und damit der GEW-Beschlusslage voraus. In der GEW lernten die 68er, dass selbst die edelsten Ziele Mehrheiten finden müssen. Noch 1966 wurde der GEW-Hauptvorstand durch die Vertreterversammlung aufgefordert, zunächst von den bestehenden Strukturen auszugehen, sich über Konzeption und Ergebnisse der Gesamtschule erst einmal zu informieren und für 1968 eine Beschlussvorlage zu erarbeiten.

Ein Antrieb der lebhaften Diskussion über Schulreformen war die Entdeckung der Kunstfigur des „katholischen Arbeitermädchens vom Lande“. Sie rührte z. B. den Bauernverband und ließ ihn zum potenziellen Partner der GEW werden. Oh, wie vernünftig waren wir doch, dass wir bei unserer Vertreterversammlung seinem Präsidenten und mit ihm dem Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) gemeinsam mit dem DGB-Vorsitzenden aufmerksam zur „Bildungspolitik von morgen“ zuhörten, über die zuvor der hessische Kultusminister als Präsident der Kultusministerkonferenz (KMK) gesprochen hatte. Auf diese Weise konnten wir sowohl Unterstützung für die Landschulreform gewinnen, als auch für die Einführung eines zehnten allgemein bildenden Schuljahres. Wir wussten, dass bildungspolitische Reformpolitik Partner braucht.

Verlängerung der Schulzeit

Innerhalb der GEW leistete die Forderung nach Verlängerung der Schulzeit einen wichtigen Einigungsbeitrag: Die Hauptschullehrer verbündeten sich mit den Gesamtschulfreunden, die Realschullehrer waren zufrieden; die Berufsschullehrer witterten das Berufsgrundbildungsjahr als elftes Schuljahr. Die Gymnasiallehrer in der GEW waren ohnehin für den Fortschritt.

In der Berufsbildungspolitik – jenem bodenständigen Sektor, auf dem ideologische Höhenflüge nicht immer sanft landeten – galt es, den Konsens mit den Industriegewerkschaften im DGB zu finden. Denn um den schulischen Anteil an der Berufsausbildung gab es auch Konflikte. Trotz aller Erfolge des Dualen Systems war man sich in der GEW frühzeitig bewusst, dass mit diesem allein die quantitativen und qualitativen Herausforderungen nicht zu bewältigen sind.

Bildungspolitisches Neuland

Gehörten die gemeinsamen Seminare mit der israelischen Histadrut Hamorim, die nicht nur den 68ern in der GEW wichtig waren, zur Bildungspolitik? Oder die Kontakte zur aufmüpfigen polnischen Lehrergewerkschaft, die Unterstützung der deutsch-polnischen Schulbuchrevision, das Drängen auf eine Rechtschreibreform? Mit Sicherheit zählten die zunächst tastenden, aber schon bald intensiven Bemühungen um die schulische Integration ausländischer Kinder dazu. Dabei vermied es die Bildungsgewerkschaft, sich angesichts widriger Realitäten in multikulti Wolkenkuckucksheimen einzunisten.

Die 68er gaben gewerkschaftlicher Bildungspolitik Anstöße und sicherten ihr gesellschaftliche Aufmerksamkeit. Die national wie international als überfällig erwiesenen Strukturreformen des Schulsystems aber harren noch immer der Einlösung.

Frank von Auer,
1977-1983 im GEW-Vorstand zuständig für „Bildungspolitik“

Gerhard Jens: Durchbruch in der Lehrerbesoldung

Als Georg Picht in den 1960ern die „Bildungskatastrophe in der Bundesrepublik Deutschland“ brandmarkte, war die Situation an den Schulen und folglich auch die der Lehrkräfte noch weitgehend durch die bittere Not der Nachkriegszeit gekennzeichnet, die allerdings in anderen gesellschaftlichen Bereichen durch das beginnende Wirtschaftswunder bereits überwunden war.

Drastisch deutlich machte mir dies – ich unterrichtete damals als außerplanmäßiger Volksschullehrer ohne zweite Staatsprüfung in der Volksschule und der angeschlossenen Hilfsschulklasse – die Begegnung mit einem ehemaligen Schüler meiner Hilfsschulklasse. Ich traf ihn fünf Monate nach der Schulentlassung an einem Sommerabend zufällig – eine Freundin an der rechten, ein neues Kofferradio in der linken Hand. Als sein früherer Lehrer erkundigte ich mich natürlich nach seinen Lebensumständen. Er arbeitete seit der Schulentlassung als ungelernte Hilfskraft in einer örtlichen Tiefbaufirma, die u. a. Radwege baute. Wie es so seine Art war, fragte er mich sehr direkt, was ich als Junglehrer so im Monat verdiene. Meine bereitwillige Auskunft setzte in derart in Erstaunen, dass er mir den Rat gab, sofort zu seiner Firma zu wechseln, denn soviel habe er im Sommer in zwei Wochen als Lohn bekommen. Ich wusste, dass das keine Angeberei war. Seinem Rat bin ich trotzdem nicht gefolgt.

Nach meiner Einschätzung waren es fünf Faktoren, die eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Besoldung begünstigten:
- Über die Reformideen der Bildungspolitik drang die Erkenntnis mehr und mehr bei Öffentlichkeit und Eltern durch, dass Erziehung und Bildung der Heranwachsenden über die Zukunft der Gesellschaft entscheiden. Lehrermangel drohte
- Die Länder als Verantwortliche für die Misere der Schulen und die ökonomisch schlechte Lage der Lehrkräfte wurden von der Bevölkerung sehr unmittelbar an diese Verantwortung erinnert und zu Verbesserungen gedrängt.
- Schon damals zeichnete sich für die Zukunft ein katastrophaler Lehrermangel ab, der die Schulen Anfang der 1970er mit voller Wucht traf.
- In der ganzen Bundesrepublik verbesserten sich die wirtschaftlichen Lebensbedingungen.
- Der GEW gelang es, den Zusammenhang zwischen guter Ausbildung für die

junge Generation, einer gleichwertigen Qualifikation für Lehrer aller Schulformen an der Universität und den pädagogischen Arbeitsbedingungen einschließlich der Besoldung und Vergütung der Öffentlichkeit plausibel zu machen.

Folgerichtig waren es die Landesverbände der GEW, die sich für die Verbesserung der Lehrerausbildung und der Besoldung stark engagierten und diese auch erfolgreich durchsetzten.

Zeitgleich liefen während der gesamten 1960er bis weit in die 1970er-Jahre hinein politische Bemühungen der Länder, ihre Verantwortung für die Schulen von der Zuständigkeit für die Besoldung der Lehrkräfte abzukoppeln und dem Bund dafür rahmenrechtliche Kompetenzen durch eine Änderung des Grundgesetzes zu übertragen. Was die Landesregierungen natürlich erkannt hatten: Die Schulen wären wesentlich einfacher zu handhaben, wenn sie die Verantwortung für die Lehrerbesoldung als größten Kostenfaktor auf den Bund abschieben könnten.

Es war ein wesentlicher Verdienst der GEW, dass sich, mit Unterstützung des DGB, die Übertragung rahmenrechtlicher Kompetenzen für die Beamtenbesoldung auf den Bund für Jahre hinauszögerte.

In den Ländern konnte die GEW währenddessen wesentliche Einkommensverbesserungen für die Lehrkräfte erzielen. Zu den ersten, die die Pädagogen an Grund- und Hauptschulen von A 9 auf A 12, an Real- und Sonderschulen in die Besoldungsgruppe A 13 sowie an Gymnasien und Berufsbildenden Schulen in A 13 plus Zulage höher einstuften, gehörte 1969 der Freistaat Bayern.

1971 bekamen die Länder den Auftrag, bis zum Jahresende die Lehrerausbildung zu vereinheitlichen, damit der Bund die Besoldung der Lehrkräfte regeln könnte.

Gerhard Jens, Leiter der Bundesstelle für Rechtsschutz der GEW

Ulrich Thöne: Das einzig Beständige ist die Veränderung

Die GEW und die 68er – ist das heute noch ein bedeutsames Thema? Sicher ist es interessant, sich von Zeit zu Zeit historische Entwicklungen und Einordnungen bewusst zu machen. Es war tatsächlich in den 1960ern üblich, wie Gerhard Jens schreibt, Lehrer so schlecht zu besolden, dass Hilfsarbeiter im Gehalts-Vergleich besser dastanden. Unglaublich, aber wahr. Nur, deshalb soviel Aufhebens?

Nein, die von Prag und Paris 1968 ausgehende Stimmung war mehr. Wie Oskar Negt zusammenfasst, war es „der Mut, alles radikal in Frage zu stellen, was bis dahin als selbstverständlich galt“. Das ist ein sehr griffiges Resümee der Grundstimmung vieler junger Menschen der damaligen Zeit. Die Erinnerung lohnt, um sich Klarheit über die eigene Zukunft zu verschaffen. Alle jungen Menschen haben das Recht – und in gewissem Sinn die Pflicht –, das (Alt-) Hergebrachte in Frage zu stellen und sich selbst ein eigenes Verständnis der Welt anzueignen. So werden auch wir uns den Fragen stellen müssen. Was haben wir falsch gemacht? Warum ist z. B. die soziale Auslese im Bildungssystem trotz unseres gewerkschaftlichen Engagements seit Beginn der 1970er-Jahre noch so enorm hoch? Warum ist der Ausbildungs- und Besoldungsstandard zwischen Lehrkräften und Erzieherinnen nach wie vor so unterschiedlich? Wie konnten wir zulassen, dass sich prekäre Beschäftigung auch im Bildungsbereich breit macht? Oder wie können wir ein soziales Europa aufbauen, solange etwa eine Lehrerin im EU-Mitgliedsland Bulgarien nicht einmal über ein Zehntel unseres Einkommens verfügt? Und und und...

Diese Fragen sind längst Thema in der Gesellschaft. Noch können wir sie in der GEW nicht wahrnehmen als eine Kritik, die mit dem Impetus verbunden ist, uns Ältere beiseite zu schieben, weil die Jungen es selbst anders und besser machen wollen. Das wäre das „Muster 68“ gewesen. Aber so viel ist sicher: Der GEW-Nachwuchs wird kommen – kommen müssen. Und das ist gut so – auch oder vielleicht gerade weil sie manches anders anpacken werden. Wir können und dürfen allerdings nicht darauf warten, bis sich diese Entwicklung plötzlich und mit Macht Bahn bricht. So plump wiederholt sich Geschichte nicht. Für mich heißt das für die nächsten Jahre, dem Generationenwechsel hohe Aufmerksamkeit zu schenken. Und: Die Diskussion über mögliche Lösungen in der GEW voranzutreiben. Für den Augenblick bedeutet es, dass wir, die Älteren, unsere Organisation ganz bewusst an junge Kolleginnen und Kollegen übergeben wollen. Ein möglicher Weg dorthin ist z. B. eine Quotierung der Ämter und Funktionen zugunsten junger Mitglieder. Es würde zumindest alle Gremien, Funktionärinnen und Funktionäre mit der Notwendigkeit konfrontieren, sich aktiv und konstruktiv mit dem Generationenwechsel auseinanderzusetzen.

Ulrich Thöne, GEW-Vorsitzender

/ zum Seitenanfang